



China – Report

April 2023

1) China fordert von Deutschland Hilfe bei der Vereinigung mit Taiwan

Nach den Warnungen von Bundesaußenministerin Annalena Baerbock vor einem militärischen Konflikt mit Taiwan hat Peking mit eigenen Forderungen an Deutschland gekontert: Der chinesische Spitzendiplomat Wang Yi sagte nach Angaben des Außenministeriums, er "hoffe und glaube", dass Deutschland eine "friedliche Wiedervereinigung" der Volksrepublik mit Taiwan unterstütze. China habe einst die deutsche Wiedervereinigung auch unterstützt, so Wang bei einem Treffen mit Baerbock. Das Auswärtige Amt wollte sich auf Anfrage nicht dazu äußern, sondern verwies auf die Taiwan-Äußerungen der Ministerin.

Die Volksrepublik betrachtet das demokratisch regierte Taiwan als abtrünnige Provinz und hatte zuletzt eine gewaltsame Vereinigung nicht ausgeschlossen. Taiwans "Rückkehr zu China" sei eine zentrale Komponente der Weltordnung nach 1945, betonte Wang. Baerbock hatte bei ihrem Besuch in Peking mit dem chinesischen Außenminister Qin Gang gesprochen und danach einen militärischen Konflikt Chinas mit Taiwan als "Horrorszenario" bezeichnet.

Qin unterstrich seinerseits die Bedeutung der Beziehungen zu Deutschland, fügte aber hinzu: ["Was China am wenigsten braucht, sind Lehrmeister aus dem Westen."](#) Taiwans Regierung begrüßte Baerbocks Äußerungen. Das Außenministerium danke vielen hochrangigen Vertretern verschiedener Länder, darunter Deutschland, für ihre Solidarität mit Taiwan, hieß es in einer Erklärung.

Wang Yi, der vor Qin Gang Außenminister war, betonte, die Pekinger Führung wolle die Verbindungen zu Deutschland ausbauen und das gegenseitige Verständnis stärken. Zugleich erklärte er: "Um die Stabilität in der Straße von Taiwan aufrechtzuerhalten, müssen separatistische Aktivitäten in Bezug auf eine 'Unabhängigkeit Taiwans' abgelehnt werden".

Baerbock unterstrich bei ihrem anschließenden Besuch in Südkorea, dass auch Deutschland die Spannungen mit Nordkorea und in der Taiwanstraße etwas angingen. Deutschland und Südkorea seien beides Länder, die enge wirtschaftliche Beziehungen zu China hätten. Man wolle diese auch fortsetzen, sagte sie in Seoul. **Aber die richtige Strategie sei ein De-Risking, also ein Abbau von Risiken, die durch zu große Abhängigkeiten entstünden.** Hier könne Deutschland von Südkorea lernen. Nötig sei eine engere Zusammenarbeit der Demokratien mit gleichen Werten weltweit. Auch Taiwan hat eine demokratische Verfassung. Die Bundesregierung betont einerseits eine Ein-China-Strategie, unterhält aber andererseits unterhalb der diplomatischen Anerkennung Kontakte mit Taiwan.

2) Shanghai vergibt Subventionen in Millionenhöhe für Produktionsinvestitionen im Hi-Tech-Bereich

Direktzahlungen von bis zu 100 Millionen Yuan können Unternehmen erhalten, die in Shanghai neue Produktionsanlagen oder Projekte in Schlüsselsektoren wie künstliche Intelligenz und Biotechnologie aufbauen. Durch die Subventionen an Leuchtturmprojekte soll einerseits das Wirtschaftswachstum Shanghais angekurbelt



China – Report

April 2023

werden, andererseits das durch die Corona-Lockdowns der letzten Jahre angeschlagene Vertrauen internationaler Unternehmen in die Stadt verbessert werden.

Die Stadtregierung wird, wie Vize-Bürgermeister Li Zheng [ankündigte](#), Direktzahlungen für insgesamt 24 Projekte vergeben. Bewerbungen können sich sowohl chinesische als auch ausländische Unternehmen. Darüber hinaus verspricht die Stadt, 50 Prozent der Zinsen von für Projekte aufgenommenen Krediten sowie Mietzahlungen für Büroräume in Höhe bis zu 10 Millionen Yuan zu übernehmen.

Die Ankündigung für die Subventionszahlungen erfolgte kurz nach der Verkündung einer Anweisung an die Bezirksregierungen, auch ihrerseits Möglichkeiten für Subventionen an investitionswillige Unternehmen zu auszuloten. Laut Hu Yuan, ebenfalls Vize-Bürgermeister Shanghais, will die Stadt eine ganze Reihe an Maßnahmen umsetzen, um direkte Investitionen aus dem Ausland (FDI) anzulocken. Darunter falle auch die Stabilisierung existierender FDI sowie die Verbesserung der Qualität der Investitionen.

Shanghai ist einer der wichtigsten Orte für ausländische Investitionen in China. Ausländische Unternehmen machen ein Viertel des BIP der Stadt aus, sorgen für ein Drittel der Steuereinnahmen und stellen jeden fünften Arbeitsplatz.

Nach einem zweimonatigen Lockdown im vergangenen Jahr, der die Wirtschaftsaktivität in vielen Bereichen zum Erliegen brachte, kämpft Shanghai nun darum, das Vertrauen internationaler Investoren wiederzugewinnen. Für 2023 hat sich die Stadtregierung ein BIP-Wachstum von 5,5 Prozent als Ziel gesetzt.

3) Handel mit China überraschend gestiegen

Die Nachfrage aus China und den USA haben die Exporte aus Deutschland im Februar so stark steigen lassen, wie seit zehn Monaten nicht mehr. **Die Ausfuhren stiegen um vier Prozent gegenüber dem Vormonat auf 136,7 Milliarden Euro, so die Daten des Statistischen Bundesamt vom Dienstag, den 4. April 2023.** Von der Nachrichtenagentur Reuters befragte Ökonomen hatten lediglich mit einem Wachstum von 1,6 Prozent gerechnet, nachdem es im Januar bereits einen Anstieg von 2,5 Prozent gegeben hatte. Die Importe legten diesmal sogar um 4,6 Prozent auf 120,7 Milliarden Euro zu, nachdem sie zuvor fünf Monate in Folge geschrumpft waren.

Die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) sprach angesichts der globalen Unsicherheiten von einem "kleinen Lichtblick". "Weiter nachlassende Lieferengpässe sorgen aktuell für positive Impulse", sagte DIHK-Außenwirtschaftsexpertin Carolin Herweg angesichts der besseren Versorgung mit Rohstoffen und Vorprodukten, die ein schnelleres Abarbeiten der Aufträge ermöglicht. "Auch der Handel mit Deutschlands wichtigstem Handelspartner China belebt sich wieder." Dort wurden die strikten Corona-Auflagen beendet. Die schwächelnde weltweite Nachfrage, hohe Inflationsraten und der zunehmende Protektionismus belasteten jedoch weiterhin die deutsche Außenwirtschaft, so Herweg.

Dennoch dürfte die positive Entwicklung "einen kräftigen Wachstumsimpuls im ersten Quartal bescheren", sagte DekaBank-Ökonom Andreas Scheuerle. "Der Außenhandel könnte also einen schwachen privaten Konsum und die leidende Bauwirtschaft etwas kompensieren", fügte der Chefvolkswirt der VP Bank, Thomas Gitzel,



China – Report

April 2023

hinzu. Viele Experten gehen sogar davon aus, dass die lange erwartete Winterrezession dadurch ausgeblieben sein dürfte.

Die Ausfuhren in die EU-Staaten nahmen im Februar um 2,0 Prozent zum Vormonat auf 73,9 Milliarden Euro zu. Abnehmerland Nummer eins blieben die USA: Dorthin wurden Waren im Wert von 14,0 Milliarden Euro verkauft, ein Plus von 9,4 Prozent.

Die Exporte nach China legten sogar um 10,2 Prozent auf 8,5 Milliarden Euro zu. "Dies legt bestes Zeugnis dafür ab, dass die deutsche Exportwirtschaft vom Wegfall der Corona-Beschränkungen in China profitiert", sagte Ökonom Gitzel. Die Lieferungen nach Großbritannien legten um 2,5 Prozent zu auf 6,3 Milliarden Euro. Die Ausfuhren in die Russische Föderation brachen dagegen um 14,3 Prozent auf 0,9 Milliarden Euro ein, die Importe von dort um 67,2 Prozent auf 0,3 Milliarden Euro.

Die Stimmung unter den deutschen Exporteuren ist derzeit so gut wie seit Beginn des russischen Krieges gegen die Ukraine vor über einem Jahr nicht mehr, was für einen anhaltenden Aufwärtstrend spricht. Das Barometer für deren Exporterwartungen stieg im März um 0,5 auf plus 4,0 Punkte, wie das Münchner Ifo-Institut bei seiner monatlichen Unternehmensumfrage ermittelte. "Der Exportnachfrage fehlt noch etwas der Schwung", schränkte der Leiter der Ifo-Umfragen, Klaus Wohlrabe, aber ein. Im Februar 2022 habe der Wert mit 15,6 Punkten fast viermal so hoch gelegen. "Die Bäume werden kaum in den Himmel wachsen", warnte auch der Chefvolkswirt der Hauck Aufhäuser Lampe Privatbank, Alexander Krüger. "Wegen der wachsenden Spannungen zwischen den Großmächten könnte das globale Umfeld bald ruppiger werden", fügte er mit Blick auf das angespannte Verhältnis zwischen den USA und China hinzu.

4) Alibaba steigt ins Rennen gegen ChatGPT ein

Chinas Technologiegigant Alibaba wird seine neuen Programme zu künstlicher Intelligenz in seinen Smartspeakers und seiner Chatsoftware einbauen. Damit nimmt das Unternehmen den Wettbewerb im weltweiten Rennen um die Führerschaft bei KI-Plattformen auf.

Alibaba hofft, an dem aktuellen Goldrausch rund um KI-Entwicklungen teilhaben zu können. Es wird daher sein Programm [Tongyi Qianwen](#) (grob übersetzt: Wahrheit durch eintausend Fragen) in der unternehmenseigenen Chat-App DingTalk und den Haushaltselektronikgeräten von Tmall Genie installieren, sagte CEO Daniel Zhang. Noch gab das Unternehmen allerdings keinen Zeitrahmen für die Installationen bekannt.

Neben dem aktuell stark diskutierten ChatGPT von OpenAI entwickelt sich der Markt für KI-Programme rasant. Inzwischen arbeiten auch in China zahlreiche Unternehmen an der Weiterentwicklung von KI-Programmen. So stellte jüngst das in Shanghai beheimatete SenseTime sein Produkt [SenseNova](#) vor, das wie ChatGPT eigenständige Texte entsprechend der Suchanfragen seiner Nutzer generiert.

Chinesische Unternehmen können bei der Entwicklung von Datenbanken und KI generell auf ihre großen Nutzerzahlen zurückgreifen. Gleichzeitig leiden sie unter Beschränkungen des Technologietransfers aus den USA, darunter die Sanktionen gegen Chip-Exporte. Als SenseTime 2021 an die Börse ging, stiegen die Aktien rapide um 23 Prozent. Inzwischen liegen diese aber wieder 10 Prozent unterhalb ihres Einstiegspreises.



China – Report

April 2023

5) China investiert rund 39 Milliarden Dollar in Malaysia

China wird geschätzte 170,07 Milliarden Ringgit (38,64 Milliarden US-Dollar) in Malaysia investieren, unter anderem in die Petrochemie- und Automobilindustrie, sagte Premierminister Anwar Ibrahim Anfang April.

Rongsheng Petrochemical Co Ltd wird geschätzte 80 Milliarden Ringgit in eine petrochemische Raffinerie im Süden Malaysias investieren, sagte Anwar im Parlament. Der Autohersteller Geely werde zunächst 2 Milliarden Ringgit investieren und später auf 32 Milliarden Ringgit hochfahren, sagte er.

Anwar, der Ende März zu einem offiziellen Besuch in China war, nannte keinen Zeitrahmen für die gesamten Investitionszusagen. **Der Premierminister sagte auch, er habe mit China darüber gesprochen, die Abhängigkeit Asiens vom US-Dollar zu verringern.**

Die malaysische Zentralbank arbeite an einer Initiative, die Kuala Lumpur und China den Handel mit Ringgit und Renminbi ermöglichen soll, sagte er. „Es gibt keinen Grund für ein Land wie Malaysia, weiterhin vom US-Dollar abhängig zu sein“, sagte Anwar.

Anwar sagte, er habe letzte Woche auf dem Boao-Forum in China die Einrichtung eines „Asian Monetary Fund“ vorgeschlagen, und bei einem bilateralen Treffen begrüßte der chinesische Präsident Xi Jinping die weiter zu diskutierende Idee.

6) Analyse: Warum eröffnete China eine Untersuchung gegen das US-Unternehmen Micron?

Monate nach der Beendigung der Entwicklungsaktivitäten von Micron Technology, des größten US-amerikanischen Chipherstellers, in Shanghai eröffnet China nun ein Untersuchungsverfahren in Bezug auf Cybersicherheit gegen das Unternehmen. Micron ist damit der erste ausländische Chiphersteller, gegen den eine solche Untersuchung durch die chinesischen Behörden eingeleitet wurde. Das Unternehmen scheint damit Spielball der geopolitischen Spannungen zwischen China und den USA geworden zu sein.

Die Cyberspace Administration of China (CAC) erklärte, dass sie eine Untersuchung von Microns in China vertriebenen Produkten begonnen habe. Ziel sei es, die Sicherheit von Schlüsselinfrastruktur in Chinas Lieferketten zu garantieren. Es müsse verhindert werden, dass durch problematische Produkte Risiken für die Internetsicherheit entstünden. Micron erklärte daraufhin, dass es mit den chinesischen Behörden bei der Überprüfung seiner Produkte kooperiere und seine Geschäfte in China normal weiterliefen.

Über die Gründe für die Aufnahme der Untersuchung verweisen [Analysten](#) auf die symbolische Bedeutung dieses Schrittes. So sagte Wang Lifu, Analyst bei ICwise, dass die Untersuchung ein Warnsignal an Unternehmen in Japan und Südkorea sei. Beide Länder haben sich zusammen mit Taiwan der von den USA angeführten Chip 4 Alliance angeschlossen, welche von China als Mittel der USA zum Ausschluss Chinas von internationalen Chip-Lieferketten gesehen wird. Für Unternehmen wie Samsung, das in China produzieren lässt, dürfte die Untersuchung Microns ein Warnsignal sein.



China – Report

April 2023

Die Entscheidung für Micron als erstes Unternehmen einer Chip-Sicherheitsuntersuchung der chinesischen Behörden könnte durch Microns Rolle in der US-Politik gegenüber China gefallen sein. So wird Mircon Analyst Wang zufolge in China verdächtigt, treibende Kraft hinter dem Druck auf die US-Regierung zu Sanktionen gegen China zu sein. 2017 war Fujian Jinhua Integrated Circuit, ein staatliches chinesisches Unternehmen, von Micron in den USA des Technologiediebstahls beschuldigt worden. Nachdem Fujian Jinhua auf die Sanktionsliste der USA gesetzt wurde, musste es seine Produktion einstellen.

Abhängig vom Ergebnis könnte die Untersuchung für Micron ernsthafte Folgen haben. Micron erzielt in China zehn Prozent seines Umsatzes und warnte bereits vor dem Risiko eines Ausschlusses vom chinesischen Markt. Feng Qiong, Anwalt im Bereich der Chip-Wirtschaft, erklärte, dass Untersuchungen der CAC zwar bereits nach 30 Tagen abgeschlossen sein können, in komplizierten Fällen aber auch wesentlich länger dauern würden. Die Cybersicherheits-Untersuchung gegen den Taxivermittler Didi Chuxing endete nach einem Jahr mit einer Rekordstrafe von 8 Milliarden Yuan. Für Micron wäre dem Analysten Wang zufolge eine Geldstrafe hingegen noch das beste Ergebnis. Sollte das Unternehmen nach der Untersuchung keine Änderungen vornehmen, könnten auch Einschränkungen der Geschäftstätigkeit oder sogar ein Marktausschluss in China folgen.

Informationen zu unserem Fonds „FIVV-MIC-Mandat-China“ erhalten Sie [hier](#).

Kontakt:

FIVV AG
Herterichstraße 101
Telefon +49 89 374100-0
Telefax +49 89 374100-100
www.fivv.de

Hinweis:

Die vorstehenden Informationen sind sorgfältig erarbeitet. Wir übernehmen jedoch keine Gewähr für die Vollständigkeit, Richtigkeit, Genauigkeit der Angaben oder der Eignung für einen bestimmten Zweck. Insbesondere übernehmen wir keine Gewähr für den Eintritt unserer Prognosen. Die Informationen einschließlich unserer Prognosen dienen lediglich Ihrer Information und stellen keine Anlageberatung, Empfehlung oder Aufforderung zum Kauf oder Verkauf von Anteilen oder zum Abschluss anderweitiger Anlagegeschäfte dar. Die geäußerten Meinungen bzw. Prognosen geben unsere derzeitige Einschätzung wieder und können sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern. Historische Wertentwicklungen lassen keine Rückschlüsse auf eine ähnliche Entwicklung in der Zukunft zu. Diese ist nicht prognostizierbar. Alleinige Grundlage für den Anteilswerb sind die Verkaufsunterlagen zu den entsprechenden Fonds. Verkaufsunterlagen zu allen FIVV-MIC-Mandat-Fonds der Universal Investment GmbH sind kostenlos beim zuständigen Vermittler, der Depotbank des Fonds oder bei der Universal Investment GmbH sowie im Internet unter www.universal-investment.com erhältlich. Änderungen vorbehalten. Änderungen des Marktberichts oder dessen Inhalts bedürfen der vorherigen ausdrücklichen Erlaubnis des/der Verfasser(s). Dieser Marktbericht wird eventuell nicht regelmäßig erstellt. Er kann unter Umständen auch situativ bereitgestellt werden. Dies ist unter anderem von der Marktsituation abhängig.